

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

123 (30.5.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellungsanzeigen 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Bei der Anzeigenerstellung sind die Gebühren für die Anzeigenerstellung und die Anzeigen für den Druck zu berücksichtigen. Die Anzeigenerstellung ist am besten am 1. März vorzubereiten.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Durch die Post 2,30 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Geschäftsstelle: Postfach 2850 Karlsruhe. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe, L. B., Waldstraße 28. Fernruf 7020/7021. O. Volkswirtschaftliche Verlag, Hauptstr. 2, Baden, Jagdhausstr. 12; Kaffeeh. Rosenstr. 2, Offenburg, Reub. 117, 8.

Nummer 123

Karlsruhe, Montag, den 30. Mai 1932

52. Jahrgang

Die größte Gefahr

Die Erwerbslosigkeit

Eine bedeutsame Kanzlerrede vor der ausländischen Presse

BRN, Berlin, 28. Mai (Eig. Melde). Der Verein der ausländischen Presse veranstaltete heute im Hotel Adlon das übliche Jahresbankett, zu dem sich prominente Persönlichkeiten von Regierung, Reichsbank, Reichsbahn, Wirtschaft, Industrie, zahlreiche Vertreter des diplomatischen Korps und ebenso viele von Kunst und Wissenschaft sowie der Presse eingeladen hatten.

Nach Reichskanzler Dr. Brüning war zugegen. In der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Vereins, H. Lohse, gedachte dieser in ehrenvollen Worten des Reichspräsidenten. Er dankte dem Reichskanzler besonders für sein Erscheinen und sprach die Hoffnung aus, daß er dem deutschen Volk noch lange erhalten bleiben möge. — Dann sprach der Apostolische Nuntius Mar. Orsenigo, der für Frieden im Innern und unter den Völkern eintrat.

Hierauf ergriff Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Er behandelte in breitem Rahmen das Arbeitslosenproblem, dessen Bedeutung er nicht genug hervorheben konnte. Unter dieser hochwichtigen Frage müßten alle anderen zurücktreten, denn mit ihrer Lösung ließe und falle Deutschland.

Die Arbeitslosigkeit — so führte er u. a. aus — sei eine Frage der ganzen Welt, besonders drückend lasse sie aber auf Deutschland. Ein Fünftel des Volkes arbeitslos, ein Drittel unter 25 Jahren, und von diesen eine Million unter 21 Jahren, alles Menschen, die unmöglich verkommen müßten, da ihnen Arbeit fehle. Wundert Sie, daß in dem Herzen dieser Million Jugendlichen ein Radikalismus

aufsteigt, der nur vom Untergang und der Zerstückelung alles Bestehenden Besserung erwartet und auf ihn seine triebmächtigen Hoffnungen setzt? Wenn die Ernährungsfrage auch in ein bedrohliches Stadium zu treten beginnt, so stehe doch die Frage der Arbeitsbeschaffung im Vordergrund. Allen Forderungen, hierfür Geld bereitzustellen, ist die Regierung aus Verantwortungsbewußtsein festgeblieben. Eine zweite Inflation aber kann das deutsche Volk nicht mehr überleben. Es bleibt auch nur der Weg übrig, der ohne Gefährdung der deutschen Währung den Arbeitslosen Tätigkeiten verschaffen kann und dadurch diese, als die Volksgemeinschaft vor seelischer und moralischer Vernichtung schützt. Es gilt, wenigstens einen Teil von ihnen von dem Rand ihres letzten Zustandes zu befreien und ihnen Kraft und Hoffnung zu neuem Leben zu geben. Und hierbei müßte nicht zuletzt das Siebungsproblem helfen, der sogenannte freiwillige Arbeitsdienst. Allerdings müßte geschützt werden, daß dieser Arbeitsdienst eine Konkurrenz für den beschäftigten Arbeiter werde. Der Kanzler beschäftigte sich eingehend mit der Handhabung dieses Problems, um dann fortzufahren: Deutschland kann diese Frage aber nicht allein lösen. Nur durch gemeinsame Aktion aller Völker kann diese Gefahr der Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft werden, und dabei sei, wie immer wieder betont werden müsse, Kertrauen notwendig, das aber auch wieder nur durch die Lösung der bekannten politischen Fragen wieder hergestellt werden könne. Und hierbei habe auch die Presse die große verantwortungsvolle Aufgabe, mitzumischen und ihre ganze Kraft einzusetzen in Erkenntnis des der Menschheit drohenden Unheils.

Der alte deutsche Untertan

(Handbemerkungen zu den Wahlergebnissen)

Von Kurt Heintz, M.D.R.

Jedes Wahlergebnis wirft neue Fragen auf. Der kritische Verstand sucht nach allen Seiten das Dunkel zu durchdringen und die letzte Einzelheit zu befragen. Dabei besteht die Gefahr, daß der große Zusammenhang nicht mehr gesehen wird. Politik heißt nicht nur Gestaltung des staatlichen und sozialen Lebens auf weite Sicht, sie verlangt auch Erkenntnis der Zusammenhänge und Einsicht in das Ganze. Mit anderen Worten, so richtig es auch ist, die Resultate der Präsidentschaftswahl und der Länderwahlen zu zerlegen, alle scheinbaren oder wirklichen Wertwürdigkeiten zu untersuchen und bis zum letzten Wahlberechtigten nachzuvollziehen, ob er seine Pflicht und wie er sie getan habe, nicht vergessen darf man über diese Diskussion, daß wir alle in einer in sich bestimmten Zeit leben, die ihre eigenen Entwicklungsgehalte hat, aus sich selbst heraus ihre Kräfte erzeugt und den Willen zur Formung verlangt.

Bereits einige nüchterne Zahlen.

Die Ziffern der Stimmberechtigten und die Ziffern der Bevölkerung zeigen eine ganz bestimmte Charakteristik, die beachtet werden muß.

Wahl	Stimmberechtigte	Bevölkerung
19. Januar 1919	36,8	62,9
6. Juni 1920	36,0	61,8
4. Mai 1924	38,4	62,8
7. Dezember 1924	39,4	62,8
20. Mai 1928	41,4	64,4
14. September 1930	43,0	65,0
19. März und 10. April 1932	43,9	ca. 65,6

Seit 1919 hat die Bevölkerung Nachkriegsdeutschlands um 2,7 Millionen Köpfe zugenommen. Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich in der gleichen Zeit um 7,1 Millionen vergrößert! Von 1919 bis 1932 sind die vom Krieg im wesentlichen verschont gebliebenen Geburtsjahrgänge von 1899 bis 1912 in das wahlberechtigte Alter eingetretet. Wir haben für die nächsten Jahre die letzten großen Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit als Jungwähler und Jungwählerinnen zu erwarten. Es ist damit zu rechnen, daß bis 1935 die Zahl der Wahlberechtigten noch weiter steigt, obwohl die ältere Generation durch ihre Sterblichkeit forttirierend wirkt.

In einigen Jahren, wenn die jetzigen Jungwählerjahrgänge in das reifere Mannes- und Frauenalter hineingewachsen sein werden, markiert hinter ihnen eine zahlenmäßig schwächere Generation heran, die ein ganz anderes Gesicht haben wird. Die sozialistische, die gewerkschaftliche und sportliche Jugendbewegung, im besonderen die Kalkenbewegung, zeigt, daß die Räder in der Erziehung der heranwachsenden, die für die heutige junge Generation durch den Weltkrieg entstanden, heute schon geschlossen ist. Damit wollen wir nicht sagen, daß die Eltern von heute alle ihre Erziehungspflichten für die Zukunft der Kinder schon ausreichend leisten. . . .

Wie die Zahlen der Stimmberechtigten gewachsen sind, so ist das quantitative Interesse an der politischen Entscheidung wieder bei der Stärke von 1919 angelangt. Bei der gewaltigen Wahl zur gesetzgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 beteiligten sich etwas mehr als 83 Prozent der Stimmberechtigten. Die sämtlichen Reichstagswahlen bis 1930 zeigten geringere Prozentanteile der Wahlbeteiligung. Bei der Wahl vom 20. Mai 1928 gingen nur 75,6 Prozent der Stimmberechtigten zur Urne. Demgegenüber zeigt der Sprung auf eine Wahlbeteiligung von 86,2 Prozent beim ersten Präsidentschaftswahl am 13. März 1932, wie stark die politischen Spannungen seither wieder geworden waren. Zur Präsidentschaftswahl gingen etwas mehr als 83 Prozent der Stimmberechtigten, also etwa ebensoviel wie zur Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung von 1919.

Werden die heutigen Wählerzahlen mit früheren Jahren verglichen, so darf dabei die Parteienumschichtung nicht nur nicht vernachlässigt werden, sie muß zuerst beachtet und errechnet werden. So wohl das Gefüge der rechtsradikalen Flügelpartei von ehemals — der Deutschnationalen —, wie das Aussehen aller Mittelparteien hat sich völlig verändert. Eine Ausnahme bilden dabei nur das Zentrum und die geistig zu ihm gehörige Bayerische Volkspartei. Dertlich ist für die Staatspartei eine Ausnahme in gewissem Umfang zu machen, so z. B. für Hamburg. Man muß alle Parteien rechts vom Zentrum zusammenschließen und wahlkreisweise oder örtlich durch die verschiedenen Wahlen hindurch vergleichen, erst dann ergibt sich die richtige Beurteilung der Nationalsozialisten.

Wo erstens haben wir heute über sieben Millionen mehr Wahlberechtigte als 1919, zweitens hat eine Umschichtung der bürgerlichen Parteien zugunsten der Nazis stattgefunden, drittens haben 1932 gegenüber 1928 bis zu 10 Prozent mehr Wahlberechtigte gewählt. Viertens ist die ungeheuerliche Wirtschaftskrise einatmosphärisch. Diese Tatsachen zeigen, daß die jüngsten Länderwahlen nicht mit der einfachsten Lebensart abzutun sind, daß die Jugend verfaßt habe.

Im Übrigen hat sich durch die Wählerfolge der nationalsozialistischen Partei das soziale Gesicht auf der Rechten des Reichstages und der Landtage nicht wesentlich verändert. Früher haben die Adligen, die Offiziere und die Rittergutsbesitzer und sonstigen Landwirte zumeist bei den Deutschnationalen, die Industriellen

Frankreich und Deutschland

Starke Spannungen wegen der Hitlergefahr

Französische Sozialdemokratie und Regierungsbeteiligung

BRN, Paris, 29. Mai. Der sozialistische Parteitag, der über die Stellungnahme der Partei zur Regierungsbildung entscheiden soll, ist heute abgeschlossen. Er ist außerordentlich stark besucht und seinen Beratungen wohnten auch zahlreiche ausländische Vertreter der Zweiten Internationale bei. Es kamen die verschiedenartigsten Standpunkte, von denen bereits die Rede war, zum Ausdruck. Im allgemeinen traten die meisten Redner für die bedingte Beteiligung ein. Auch die Frage der Außenpolitik wurde von einem der Delegierten angeschnitten. Er erklärte, Herriot habe gesagt, Frankreich dürfe angesichts eines Hitler-Deutschlands nicht schweigen. Es wäre vielleicht klug, daß auch die Sozialisten dies laut erklären, denn wenn die sozialistische Partei die Derartigkeit der Forderungen, so doch sicherlich nicht, um dem Hitler-Deutschland zu gestatten, sich auf das Terrain der Rüstungslosigkeit zu stellen. Das müßte erklärt werden, um ein Mißverständnis zu vermeiden, daß später gegen die sozialistische Partei ausgebeutet werden könnte.

Paris, 29. Mai. (Eig. Draht.) In einem Artikel der von Linksozialisten geleiteten Zeitschrift Lumière schreibt der Sozialist Grandjean: Wenn man Hitler erlaubt, sich am Vorabend der Lausanner Konferenz der Regierungsgewalt zu bemächtigen, würde man damit ohne weiteres die große Anstrengung zum Scheitern bringen, die auf der Konferenz gemacht werden muß, um dem Ansehen nach entgegengelegte Interessen miteinander zu vereinen. Welche Regierung auch in den nächsten Tagen in Frankreich an der Macht sein mag und selbst wenn die Sozialisten in ihr die wichtig-

sten Posten inne hätten, würde die Existenz von Hitler-Regierungen in Preußen und dem Reich den besten guten Willen leugnen.

Herriot mahnt zur Wachsamkeit

BRN, Paris, 29. Mai. Edward Herriot, der kommende französische Ministerpräsident, veröffentlicht in der Völkerzeitung Le Democrat einen Artikel, der in Deutschland besondere Beachtung finden wird, denn auch in ihm werden die Sensationsberichte der übrigen französischen Presse über Danzig und den Korridor verwendet. Es heißt in dem Artikel: Es fehlt nicht an außenpolitischen Elementen, die zur Beengung Anlass geben, Das von der Hitlerbewegung überschwemmte Deutschland wird sehr beunruhigend. Es ist nicht unmöglich, daß die Hitlerleute nach Auflösung ihrer Stützgruppen den Mittelpunkt ihrer Organisation und ihrer Tätigkeit nach Danzig verlegt haben. Man erregt die öffentliche Meinung in Polen. Man bereitet Erörterungen über die Ostfrage vor. Die aus Berlin kommenden Nachrichten geben uns sehr schlecht gehaltenen Auskünfte. Herriot kritisiert einzelne Posten des deutschen Militärbudgets unter Hinweis auf die für die Arbeitslosen erforderlichen Ausgaben und sagt weiter: Kein ernst denkender Mensch in Frankreich kann mehr daran zweifeln, daß die gegenwärtige Lage Frankreichs ernst ist und von Tag zu Tag ernster wird, je mehr in gewissen Ländern die Generation, die durch die verschiedene Form des Nationalismus aufgereizt wird, dem Alter entgegenreift, in dem sie ihre Bürgerpflicht zu erfüllen hat. Niemals war es notwendiger als heute, wachsam zu sein. Auf Grund meiner langen Erfahrungen wage ich, der Mehrheit, die bei der Wahl einen so glänzenden Sieg davontrug, den Rat zu geben, sich zu mächtigen und vernünftigen zu sein.

Die Wahlen in Oldenburg

Nazimehrheit im Landtag

BRN, Oldenburg, 29. Mai. Nunmehr liegt das amtliche Endergebnis der Landtagswahl im Freistaat Oldenburg vor. Zahl der Wahlberechtigten 362 000 abgegebene Stimmen 274 022, davon ungültige 2206. Es erhielten: Deutschnationale 15 629 (12 653) (54 983), 2 (2) Mandate; Sozialdemokratische Partei 50 987 (14 983), 9 (11) Mandate; SA, 1464 (—), 0 (—), Kommunisten 15 590 (13 942), 2 (3) Mandate; Nat. Vereinigung (fr. Dt. Volksp.) 2005 (—), 0 (2) Mandate; Deutsche Staatspartei 6213 (8515), 1 (1); Oldenburgisches Landvolk 5987 (5404), 1 (1); Nationalsozialisten 131 525 (97 802), 24 (19); Oldenburgische Zentrumspartei 42 114 (48 252) 7 (9) Mandate.

Der neuernannte Oldenburgische Landtag umfaßt 46 Mandate gegenüber 48 des alten Landtags. Diese Verschiebung trotz stärkster Wahlbeteiligung erklärt sich aus den besonderen Bestimmungen des Oldenburgischen Wahlgesetzes, wonach der Landtag nicht mehr als 46 Mandate umfassen darf. Auf der anderen Seite werden die

Mandate durch einen Quotienten errechnet, der aber stets auf volle Hundert aufgerundet sein muß. Aus dieser Tatsache kann sich dann, wie in dem vorliegenden Fall, bei starken Reststimmen einzelner Parteien ergeben, daß das Landesparlament nicht die volle Mandatszahl umfaßt, auch wenn die Wahlbeteiligung relativ stark ist.

An der stärkeren Wahlbeteiligung sind in der Hauptsache die Nationalsozialisten beteiligt, die mehr Stimmen erhalten haben, als Hitler im ersten Wahlgang zum Reichspräsidentenwahl erhalten hat. Die Deutschnationalen haben einen Gewinn von 25 Prozent zu verzeichnen, während die Verluste der Sozialdemokraten wesentlich stärker sind, als die kleine Stimmsiffer der SA. Die Kommunisten haben stark verloren, was sich auch in dem Verlust eines Mandats ausdrückt. Eine Niederlage haben die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei mit ihrer gemeinsamen Liste erlitten.

Auch ohne die Deutschnationalen, deren Postenstand von 12 653 (4,8 Prozent) auf 15 629 Stimmen (5,7 Prozent) angewachsen ist, verfügen die Nationalsozialisten im neuen Landtag mit 24 Mandaten von insgesamt 46 über die absolute Mehrheit.

und Beamten bei der Deutschen Volkspartei und die Handwerksmeister bei der Wirtschaftspartei, bei den Aufwertlern usw.

An der Spitze der Nazi-Landtagsfraktion in Preußen steht ein halbes Dutzend vornehmer Adliger, darunter ein Hohensohnprinz und drei Freiherren. Zu ihnen reihen ein halbes Dutzend frühere höhere Offiziere vom General bis zum Oberleutnant. Das waren ganz früher Konservative und vor wenigen Jahren waren es noch Deutschnationale. Zu ihnen gehören gesinnungsmäßig und zum Teil auch sozial die rund dreißig Rittergutsbesitzer, Guts- und Hofbesitzer, Klostergutspächter und Domänenpächter, neben einigen einfacheren Landwirten, die wir weiter auf der Liste der nationalsozialistischen preussischen Landtagsabgeordneten finden. Wo die Reaktion sich versammelt, findet man auch Beamte. Wir können es dem Verleser unserer Leser überlassen, ob sie annehmen, daß die fünfundsiebzig Beamten, die jetzt in der nationalsozialistischen Landtagsfraktion sitzen, früher deutschnational oder volksparteilich gewählt haben. Es handelt sich um drei Pastoren, um vier Justizbeamte (darunter ein Landgerichtsrat), um mehr als ein halbes Dutzend Studienräte und Lehrer, um einige Obersekretäre der Steuer- und Zollverwaltung und um einige Reichsbahnassistenten neben einem Kommunalbeamten. Sozial zur gleichen Schicht gehören die Rechtsanwältinnen, Ärzte, Ingenieure, Volkswirte und ein Referendar. Dabei handelt es sich um sehr neue Abgeordnete.

Der Mittelstand, der früher bei der Wirtschaftspartei, manchmal auch bei der Staatspartei lag und jetzt, soweit er reaktionär geworden ist, nationalsozialistisch wählt, ist durch weitere etwa fünf- undzwanzig Personen vertreten. Wir finden da Bäckermeister und Mauermeister, Schmiebsmeister, Fleischermeister, selbständige Kaufleute und einen Feinstoffhändler. Neben ihnen sitzen die gesinnungsmäßig verwandten Privatbeamten und Anwälte, wie Inspektoren und fürstliche Oberförster, Reisende und kaufmännische Anwälte.

Wahlkämpfe sind nicht Selbstweid. In der Demokratie sind es Schlachten, die geschlagen werden, um den Gestaltungsbereich der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung freizumachen, um die Kräfte und Gegenkräfte des Willens zur Gestaltung abzumessen. Ueber den Wahlen darf auch nicht vergessen werden, daß der Einmarsch der großen Geburtenjahrgänge der Vorkriegszeit in das Heer der Erwerbstätigen ganz neue soziale Probleme aufwirft; die jungen Leute sind billige Arbeitskräfte. Das tritt heute noch nicht voll in Erscheinung, weil wir noch in der Krise sind und die Beihilfen, wenn sie ausgereicht haben, also häufig sozusagen den Weg zum Arbeitsamt geben müssen. Aber sobald sich die Wirtschaftstürme wendet, rückt die junge Generation auch in die Betriebe, der Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen wird wieder beginnen. Heute ist mancher proletarische Jugendliche deswegen zu einem nationalsozialistischen Frontenführer geworden, weil er den nationalsozialistischen Frontenführer in der Arbeit findet, wird sich entscheiden, ob seine Erziehung durch die Nationalsozialisten ihn zum Feind und Knecht des Unternehmers gemacht hat, oder ob die Erkenntnis seiner Klassenlage die Reaktion enttäuscht wird. Draußen auf dem Lande, dort wo der Großgrundbesitz herrscht, wo die Herrschaft im Schloss und der Inspektor im Gutshaus nationalsozialistisch wählt, dort steht der Landarbeiter tagtäglich den Gegenpart. Eine Untersuchung der Wahlresultate zeigt die politische Auswirkung dieses Tatbestandes. Aber in der Großstadt, wo der vermögende Pa. vorerst nur mit seinem Zulauf zur „Wohlfahrtskasse“ für die arbeitslosen Pa. in Erscheinung tritt, fehlt vorläufig die Erkenntnis oder noch richtiger das tägliche Erlebnis des sozialen Gegenpartes.

Soldatentum erwacht aus dem Druß der gleichen sozialen Lage, der gemeinschaftlichen Abwehr und des gemeinsamen sozialpolitischen Angriffs. Aus der kleinen äußerlichen Sonderverfassung des Arbeitslosen, auf dem Umwege über die „Braunen Häuser“ und auf dem Wege über die militärische Beschäftigung der jungen Leute, erwacht Subordination, also Unterordnung und Untertanentum. Die geschichtliche Bedeutung des Nationalsozialismus ist, daß er versucht über die soziale Lage der breiten Massen zu täuschen. Damit ist unsere Aufgabe gegeben. In dem Augenblick, da die Haushälften der Kommunen, der Länder und des Reichs wieder sozialpolitische Aufgabenstellungen zulassen, da über Interessen beraten wird und nicht über nebelhafte Begriffe, sobald über wirtschaftspolitische Fragen entschieden werden muß, wird dem Nationalsozialismus die Maske vom Gesicht zerissen sein. Dann wird allen sichtbar sein, daß es die alte deutsche Unterthanenpartei ist, wie kennen sie seit Jahrzehnten.

Die Kapitalflucht

Das Ergebnis der Steueramnestie

Der Steuerausgleich des Reichstages beschäftigte sich mit Anfragen zur Kapital- und Steuerflucht.

Auf die schriftlich formulierten Anträge des Abg. Dr. Herr (Soz.) teilte Ministerialdirektor Dr. Zarden mit, daß der Steuerbehörde durch die Steueramnestie 2093 Millionen Reichsmark bisher hinterzogener Vermögenswerte angegeben worden seien. Ueberdem sind nicht unerhebliche Beträge ohne direkte Angaben deklarisiert worden. Von dem Betrag von 2093 Millionen entfallen 898 Millionen auf ausländische Beteiligungen, die sich auf 873 natürliche und 614 juristische Personen verteilen. 170 Familienkassierungen haben 48 Millionen Vermögenswerte angegeben. An Einkommen sind für das Jahr 1930 192 Millionen nachträglich angemeldet worden. Die Reichsbahnanleihe, die mit einer Amnestie verbunden war, ist bis zum 23. Mai mit 248 Millionen Mark gedeckelt worden. Es läßt sich nicht genau feststellen, wie viel von diesem Betrag wegen der Vergünstigung der Steueramnestie gesammelt worden ist. Da aber der Zeichnungsbetrag nach dem 26. Oktober 1931, dem Tage, an dem die Amnestie abgelaufen war, sehr gering ist, ist anzunehmen, daß der größte Teil des angegebenen Betrages unter die Amnestie fällt. Erschöpfendes Material über die Reichsfluchtsteuer liegt noch nicht vor. In Berlin sind 126 Fälle zu verzeichnen, für die die Bestimmungen der Reichsfluchtsteuer Geltung erlangt haben. In 51 Fällen ist die Reichsfluchtsteuer festgesetzt worden, in 47 Fällen sind die Kapitalfluchtsteuern zurückgezahlt. Die Zahl der Kapitalfluchtverurteilten ist aber erheblich größer gewesen. Im ganzen Reich sind bisher 10 Steuererhebungsstellen eröffnet worden. Die Kapitalflucht ist, wie Ministerialdirektor Zarden feststellt, geringer geworden. Man könne annehmen, daß durch die Wirtschaftschwierigkeiten geflüchtetes Kapital in nicht geringem Umfang inwärtigen der inländischen Verwendung wieder zugeführt worden sei.

Durchführungsverordnung über Kreditabkommen für öffentliche Schuldner

WTB, Berlin, 28. Mai. Die heute erschienene und in Kraft getretene Verordnung des Reichspräsidenten über das Kreditabkommen für deutsche öffentliche Schuldner von 1932 ermächtigt die Reichsregierung zu Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Durchführung des „Kreditabkommens für deutsche öffentliche Schuldner von 1932“ sicherzustellen.

Gewerkschaften und Notverordnung

Eine Mahnung an gegebene Versprechen

Die Vorstände des ADGB und des FA-Bundes haben in gemeinsamer Beratung nochmals zu der bevorstehenden Notverordnung Stellung genommen. In der Besprechung der Gewerkschaften am 18. d. Ms. mit der Reichsregierung hatten sie bereits die Notwendigkeit betont, die Arbeitslosenversicherung ihrer Art und im Umfang nach zu erhalten und insbesondere vor den Plänen gewarnt, eine Bedürftigkeitsprüfung einzuführen oder die Leistungen nach Höhe oder Dauer herabzusetzen. Sie hatten ferner die Zusammenlegung von Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung empfohlen, gegen die drohenden neuen Verschlechterungen der Invaliden- und Anstellungsveränderung Versicherung eingeleitet, wie sie sich überhaup nicht gegen jeden Abbau der Sozialversicherung wehren. Mit größter Eindringlichkeit hatten sie dagegen die alsbaldige Einleitung einer umfassenden Arbeitsbeschaffung als das einzige Mittel gefordert, um der gegenwärtigen Not entgegenzutreten.

Die Regierung konnte damals nur ungenügende Zusicherungen geben, da das Kabinett seine Beratungen noch nicht abgeschlossen habe. Immerhin bestünde innerhalb der Regierung Einigkeit über die Frage der Arbeitsbeschaffung. Daher solle die beschlossene Prämienanleihe alsbald aufgelegt werden. Dieses Versprechen ist bisher nicht erfüllt worden. Da über die Einziehung des Sozialfonds und der Gemeinden vom Kabinett noch nicht entschieden worden ist, fordern die Vorstände des ADGB und des FA-Bundes die Regierung nochmals auf, den gewerkschaftlichen Warnungen Rechnung zu tragen und insbesondere die Arbeitsbeschaffungsanleihe unverzüglich aufzulegen.

Inzwischen hat die Presse über die Absicht der Regierung berichtet, eine Beschäftigungskarte einzuführen. Die Gewerkschaften halten es für eine selbstverständliche Pflicht aller derjenigen, denen ein genügendes Einkommen und Besitz verspricht ist, einen angemessenen Beitrag für ihre arbeitslosen Volksgenossen zu leisten. Aber sie warnen vor allen Plänen, eine unsoziale Trennung der Einkommen je nach ihrer Herkunft vorzunehmen, wie es bereits bei der Einführung der Kassensteuer geschah. Sie lehnen insbesondere den Gedanken ab, eine Beschäftigungskarte allen Arbeitnehmern ohne Rücksicht auf eine untere wirtschaftlich tragbare Grenze des Arbeitseinkommens aufzuerlegen. Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen muß ein prozentual feststehender Anteil als Kopfsteuer für alle Steuerpflichtigen am Besitz und Einkommen erhoben werden. Bei jeder anderen Regelung würde einmal der Steuerertrag nicht die erforderliche Höhe erreichen, zum anderen eine nur allzuerrechtlich verbitternde der Belasteten gegen die Bevorzugten Platz greifen und damit die Spannung innerhalb unseres Volkes nochmals verstärken.

Die Gewerkschaften haben die gleichmäßige ungerichtete Beteiligung der Arbeit durch die Einführung der 40-Stundenwoche gefordert. Sie lehnen weiterhin jegliche neue Belastung der Arbeitslosen durch Kürzung ihrer Versorgung ab und verlangen eine umfassende Arbeitsbeschaffung, um die Arbeitslosen aus der Hoffnungslosigkeit ihres Daseins zu befreien.

Verringerte Posteneinnahmen

Für das Geschäftsjahr 1931 ist bei der Reichspost mit einem Einnahmefehlbetrag von etwa 216 Millionen Mark zu rechnen.

Österreich zahlt Dollarkurs für die Völkerbundsanleihe

Die Österreichische Nationalbank gibt bekannt, daß sie die am 1. Juli fälligen Zinsseine der österreichischen Teilsanleihe der Völkerbundsanleihe ab 81. d. Ms. in Dollarnoten einlöst.

Reichspräsident und Kanzler

Die erste Unterredung ohne Ergebnis

WTB, Berlin, 29. Mai. (Ein. Meldung.) Wie aus der amtlichen Mitteilung hervorgeht, hat die heutige Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler die Entscheidung über die weitere politische Entwicklung noch nicht gebracht. Vielmehr geht die Aussprache morgen weiter. Ueber ihren Inhalt läßt sich naturgemäß noch nichts positives sagen, schon deshalb nicht, weil der endgültige Ausgang ja erst von der morgigen Zusammenkunft abhängt. Dazu kommt noch, daß Reichspräsident und Kanzler heute nur unter vier Augen gesprochen haben. Aus der amtlichen Mitteilung läßt sich im übrigen entnehmen, daß die Unterredung sich auf den gesamten Fragenkomplex erstreckt hat, der für die politische Situation augenblicklich bestimmend ist. Die Unterredung dauerte etwa dreiviertel Stunden. Wenn in politischen Kreisen am Sonntag abend Gerüchte umgingen, denen zufolge sie einen negativen Verlauf genommen habe, so ist festzustellen, daß sie schon deshalb den Tatsachen zum mindesten vorauseilt, weil die Klärung von der morgigen Besprechung abhängt. Man warte annehmen, daß der Kanzler sich morgen vormittag zunächst noch einmal mit seinen Freunden bespricht, und daß es dann spätestens im Laufe des Nachmittags zur Klärung kommen wird.

Naziüberfall auf katholischen Verein

WTB, Krefeld, 29. Mai. Das Polizeipräsidium teilt mit, daß am Samstag abend gegen 23.30 Uhr, nach Beendigung einer NSDAP-Besammlung in der Stadtkirche, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Versammlungsteilnehmern und einer Abteilung des katholischen Jungmännervereins, die nach einer Kundgebung ihre Fahnen nach Hause brachten. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden die katholischen Jungmänner von den nationalsozialistischen Anhängern belästigt und beschimpft. Auch wurde versucht, den Fahnenträger der Fahnen zu entreißen. Verschiedene Fahnen wurden fortgenommen, die Fahnenstangen zerbrochen und die zerbrochenen Fahnenstücke zum Teil als Siebwaren verwendet. Die im Zuge der Kundgebung befindlichen Geistlichen wurden angegriffen. Ein Kaplan wurde von einem Nationalsozialisten zu Boden geworfen. Der Kaplan erlitt erhebliche Verletzungen, ebenso verschiedene Jungmänner. Ein Polizeibeamter, der einen Täter abführte, wurde von ehemaligen SA-Mitgliedern umzingelt und bedrängt. Der Festgenommene wurde dem Beamten entreißen und ihm zur Flucht verholfen. Ein hauptberuflicher Nationalsozialist wurde zwangsweise festgenommen. Die weiteren Ermittlungen sind im Gange.

Tumulte und Zusammenstöße

WTB, Hamburg, 28. Mai. Im Stadtteil Eimsbüttel wurde heute abend ein Polizeibeamter von etwa 35 Kommunisten angefallen, zu Boden geworfen und sodann durch zwei Schüsse in den Unterleib niedergedrückt. Der Beamte liegt in bedenklichem Zustand im Krankenhaus. Die Täter sind entkommen.

WTB, Hamburg, 29. Mai. Etwa 30-40 Personen drangen gestern in eine Konsumantstalt der Vereinigten Stahlwerke ein, bedrohten das Personal und entwendeten bedeutende Mengen von Lebensmitteln und Textilwaren. Den Tätern gelang es, mit ihrer Beute unentdeckt zu entkommen.

WTB, Wuppertal, 28. Mai. In den Nachmittagsstunden des Samstag kam es sowohl im Wuppertal als auch in Barmen und Elberfeld wiederholt zu Unruheereignissen, die sich bis in die Abendstunden fortzogen. Die Polizei räumte vom Zeit zu Zeit die Straßen, ohne daß es zu größeren Zwischenfällen kam. Acht junge Leute raubten in einer Bäckerei 15 Brote; sie erariffen die Frucht.

Mecklenburg erwacht

Kagenjammer über nichtgehaltene Wahlversprechungen der nationalsozialistischen Regierung

Neustrelitz, 27. Mai. Die Nationalsozialisten in Mecklenburg-Strelitz sind auf dem besten Wege, ihren Wählern eine grausame Enttäuschung zu bereiten: ihre Regente gegen die Erwartungen der Wirtschaftskreise unterscheiden sich in nichts von denen des „Systems“. Zunächst wollte die nationalsozialistische Regierung eine neue Steuer und zwar die Schatzsteuer auferlegen. Es folgte ein Sturm der Entrüstung aus dem Lande. Darauf stehen die deutschnationale und nationalsozialistische Fraktion ihre eigene Regierung im Stich. Die Vorlage wird wahrscheinlich zurückgezogen oder bei den Regierungsparteien keine Mehrheit finden.

Nun wollen die Nationalsozialisten auf andere Weise die leeren Kassen füllen. Was ist ihnen dabei eingefallen? Eine Gehaltskürzung der Beamten? Die nationalsozialistische Fraktion fordert im Landtag einen Gehaltenswut, nach dem vom 1. Juli 1932 ab die Grundbesitzer, Selbstzulagen und Wohnungsgeldzuschüsse der planmäßigen Beamten des Staates und der Gemeinden, soweit sie den Betrag von 5000 Mark übersteigen, erheblich gekürzt werden sollen. Die Stellenzulagen sollen ganz fortfallen; die Grundbesitzer und Wohnungsgeldzuschüsse werden zwischen 5 und 10 v. H. gekürzt usw.

Im Anschluß an diese Meldung berichtet unser Neustrelitzer SP-Mitarbeiter weiter: In Mecklenburg-Strelitz, das vor einigen Wochen mit der

„nationalen Regierung“

beglückt wurde, ist ein Erwachen des Volkes im Gange, ganz anders, wie es sich stiller und leiser blickende Mannen gedocht haben. Durch die uferlosen und struppelosen Wahlversprechungen, durch Terror und Lüge wurde hier eine „nationale“ Regierung aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammengewürfelt, die jetzt mit vollen Segeln zu regieren beginnt. Fragt aber nicht viel!

Zerplatzt sind alle Seifenblasen der Wahlversprechungen und übrig geblieben ist ein Kagenjammer, der das ganze Land und seine Bevölkerung durchzieht.

So weit ist es gekommen, daß das hier in Mecklenburg-Strelitz verbreitete Naziblatt nicht einmal mehr wagt, seinen Lesern die nationalsozialistischen Parlamentsanträge bekannt zu geben, geschweige daß der Völkische Beobachter oder ein anderes nationalsozialistisches Organ über die Verdienste des Dritten Reiches von Strelitz ein einiges Wort verleiht.

In der Tat! Mit diesem Naziparadies ist kein Staat zu machen. Was hier an Hungeretat und Abbau aller sozialen Verpflichtungen durch die „nationale“ Wehrzeit geschieht, läßt den hitlerianen Wählern, Bauern, Landarbeitern und Handwerkern die Augen aufgehen, welchem Betrag sie bei den Wahlen zum Opfer gefallen sind. Nicht ein einziges Wahlversprechen ist gehalten worden, es sei denn, daß die Entlassung und beabsichtigte Pensionierung linksgerichteter Beamter und die Inthronisierung rechtsstehender Futtertrüppchenjäger

sonie die Inflationierung von nationalsozialistischen und deutschnationalen Ministern und Staatsräten die Errichtung des Bauern- und Handwerkerstandes und die Verminderung der Arbeitslosigkeit bedeutet. Das ist aber alles, was sich geändert hat und wenn es außerdem noch etwas Neues gibt, so ist es eine Staatslotterie, die die nationale Regierung den ausländischen, wahrscheinlich dem „Reichsbund“ angehörenden Kapitalisten verschrieben hat. Alles andere ist Abbau der sozialen Leistungen des Staates.

- Die Empörung wächst im Lande von Tag zu Tag und wie die nationale Regierung ihre Versprechungen gegenüber den Beamten hält, dafür haben wir nicht nur den Beweis, daß alle Notverordnungen des Reiches getreulich durchgeführt werden, sondern daß den Beamten darüber hinaus noch ein besonderes „Geschenk“ der neuen Streckler Männer bevorsteht. Es lobt, den Kassenantrag gegen die Beamten im Postamt wiederzugeben. Er lautet:

- 1. Alle Stellenzulagen für die Beamten des Staates und der Gemeinden fallen fort.
- 2. Alle Grundbesitzer und Wohnungsgeldzuschüsse von 5000 Mark aufwärts werden um 5 bis 10 Prozent gekürzt. Nur wer 4 und mehr minderjährige Kinder hat, ist hiervon ausgenommen.
- 3. Allen Beamten, Wartegeld- und Ruhegeldempfänger werden alle Nebeneinkünfte öffentlicher und privater Natur auf ihre Dienstbezüge voll angerechnet.
- 4. Das Höchstgehalt darf 10.000 Mark nicht übersteigen. Der Staatsminister erhält 12.000 Mark.

Das ist das neueste Regierungskunsthild der nationalen Wehrzeit. Es steht in direktem Widerspruch zu dem, was die Nazis den Beamten vor der Wahl versprochen haben. Die Folge:

Mecklenburg-Strelitz beginnt zu erwachen!

Das Schlimmste an diesem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis bei den Nazis ist jedoch der Antisemitismus, mit dem diese Taten von den Nazis verteidigt werden. Es genügt, wenn wir auch der im Strelitzer Landtag gehaltenen Rede des Nationalsozialisten und Staatsrates v. Dingelsheim folgende Sätze zitieren:

„Die Beihilfen an die römisch-katholischen Pfarrgemeinden sind zu freiden. Wer uns bekämpft soll dafür auch die Kosten aufbringen... Man hat unsere Landwirtschaftsanträge kritisiert und gesagt, wir hätten im Lande vor den Wahlen etwas anderes versprochen. Man muß aber in der Entwidlung einer politischen Bewegung zweierlei unterscheiden: Erkens, die Vorbereitung der Volksbewegung und zweitens, die Anpassung an die realen Möglichkeiten.“

Zwölfher und offener hat noch keiner von den Volksbetrüggern sein schmutziges Handwerk so offen bargelegt, wie dieser Rastmutter und seine Helfershelfer von Strelitz. Deutschland erwache!

Hambacher Fest

Klarer Trennungsstrich gegenüber den Nationalsozialisten! / Zwei Nazis als Kuhhändler verhaftet! Bekenntnis zur Freiheit der Meinungsäußerung

ph. Hambach bei Neustadt, 29. Mai. (Eig. Ber.)

Die Veranstaltung und die Veranstaltung der Hundert-Jahrfeier des Hambacher Festes, jenes Festes zur Erinnerung an ein Vorkriegsjahr von 1832, sind von rechts wie links argwöhnisch beobachtet worden. Die Nationalsozialisten haben schon früh die ganze Veranstaltung zu sabotieren versucht — sie sind von der verdeckten Sabotage zum offenen Angriff in ihren Blättern übergegangen und betonen offen, sie wollen keine Meinungs- und Pressefreiheit, es sei denn für sich selbst — die Organisationen um die Eisene Front haben gleichfalls eine offizielle Beteiligung an dieser großen und starken Feier des freiheitlich gesinnten Bürgertums ablehnen müssen. Und man darf sagen, daß auch dieser Beschluß richtig war, denn den Anstoß an die große soziale, die sozialpolitische Bewegung, die 1832 die Stunde regiert, hat jenes Bürgertum von 1832 nicht gefunden und auch die Veranstalter der Erinnerungsfest von 1932 sind nicht zu jener Idee vorgestoßen! Aber das heutige Bekenntnis gegen den geistigen Faschismus, gegen die Wiederherstellung der Meinung das anderen, die erbebenden Ziele des freien Menschen — sie sind auch erneut auf dieser Hundert-Jahrfeier ausgesprochen worden unter jubelnder Zustimmung der Gäste. Und wir wollen nicht verhehlen, daß kein Volk einen stärkeren und langanhaltenderen Beifall gefunden hat, wie der, von dem Enkel des Hambacher Vorkämpfers Wirth, von Dr. Richard Wirth (Frankfurt) ausgesprochene Satz: „Deutschlands Wiederkehr ist hier wie Deutschland Erwachen!“ Hätten die Veranstalter ihre ganze Feier offen unter das Motto dieses Satzes gestellt, nicht Zweitausend, sondern Zwanzigtausend hätten sich unter der ehrwürdigen schwarz-rot-goldenen Fahne des Neustädter Seimattmuseums versammelt!

Neustadt und Hambach, wunderbar gelegene Orte an den Hängen der Harz, hatten einen überwältigenden Festschmuck angelegt. Fahnen in allen Straßen, Fahnen an allen Häusern. Selten allerthings möchte die schwarz-weiß-rote Fahne deplazierter sein wie bei dieser Feier. Dennoch wehte sie an manchen Privatbäumen und auf dem Bahnhofsplatz war neben den Reichsfarben eine — deutsche Handelsmarineflagge (mit der Götze) gehißt worden. Vliegt Neustadt am Meer oder nur ein notwendiger Kompromiß? Die Straße, die vor einhundert Jahren Dreißigtausend nach Hambach zogen, war mit grünen Birken bestanden. Guirlanden und Spruchbänder grünten allerorten. Und eindringlich wurde auch die Not der Zeit jedem Besucher eingeprägt, eine Anzahl von Bettlern und Krüppeln umräumte die Straße zum Hambacher Schloß.

Am Samstag nachmittag sprach (durch Rundfunk übertragen) Dr. Theodor Heuß (Berlin), der tapfere Demofrat, anstelle des durch Krankheit verhinderten Prof. Dr. Alexander von Müller (München). In eminent lebendiger Weise trug Dr. Heuß seine historische Rede vor, die eine Parallele zwischen 1832 und 1932 zog. Man erlebte die Nationalisierung (die Dampfmaschinen begannen ihre Arbeit), Zollgrenzen wurden aufgerichtet. Das Hambacher Fest hatte aber nicht nur den ökonomischen Hintergrund der Not — es war auch eine politische Tat. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte war eine Versammlung vom Volk getragen, erstmals war das Volksbewußtsein erwacht. Sich nicht mehr verbieten zu lassen und auszusprechen — das war der Sinn jener Tage von 1832!

Ein anschaulicher Rahmen: Heuß spricht mit flatternden Haaren, neben ihm steht die alte Fahne, Turner in ihrem geschmackvollen Dress halten die Ehrenwache, ein Flugzeug kreist über der Burg, zwischen dem von Sonne durchfluteten Räumen drängen sich die Menschen, die hinaufgestiegen sind, zum Mitleiden!

Die Abstimmung und den Frühlingsanbruch hatte man auch in den vollbesetzten Saalbau in Neustadt hineingetragen, in dem am Samstagabend die große Feier stattfand. Ein Zwischenfall während der Begrüßungsrede von Kommerzienrat Großer, dem Vorsitzenden des Verbandes Pfälzischer Bergleute, der mit dem Reichsverband der Deutschen Presse zusammen das Fest veranstaltete, gab erst den Anlaß, deutlich den Trennungsstrich zum faschistischen Bürgertum zu ziehen. Zwei Nationalsozialisten unterbrachen die Rede mit dem Ruf „Sei Hilt! Deutschland erwache!“ Die Zwischenrufer wurden im Nu zur Tür hinausgeführt und in Haft genommen.

Der Vertreter der Reichsregierung und besonders des Reichsanwalts macht ein wenig dunkle Andeutungen, wegen der antimilitarischen Zone, in der wir leben, die Unfreiheit unserer Landesverteidigung war sein Befürmnis. (Im Hintergrund: Herr Scheiber!) Staatsrat Dr. Kern übermittelte für die bayerische Staatsregierung die Grüße, die Vertreter der Universitäten Heidelberg und Erlangen, Turner, Sänger sprachen und schließlich Dr. Richard Wirth (Frankfurt), der nicht nur den Namen seines Vorfahrens, sondern auch „ein Stück Hambacher Geist“ geerbt hat. Unter jubelndem Beifall betonte er: „Deutschlands Wiederkehr ist tiefer als Deutschlands Erwachen!“ Jene Männer von 1832 haben Verantwortung geübt, sie sind für ihre Taten ins Gewissen gegangen, sie haben bekämpft! Achtung vor dem Gegner und der anderen Ueberzeugung. Der Redner bekannte sich stolz zur Revolution und der Revolution von 1918, die die Erfüllung des Hambacher Geistes brachte, das den Hambachern von 1832 vorlebte!

Einen tiefen Eindruck hinterließ auch die Rede von Prof. Dr. Drost (Berlin). Er wies auf die Notwendigkeit der Freiheit der Presse hin. Nicht durch Realelementierung, sondern durch Disziplin muß diese Freiheit erhalten bleiben. Die Zeitungen müssen die Ehre der Ritterschickel kämpfen. Freiheit des Gewissens und die Ehre der Ueberzeugung müssen erhalten bleiben! „Sollten wir darum die Freiheit der Presse hoch!“

Mit unzähligen die Anreden, Telegramm und Soch auf den Reichspräsidenten fehlten nicht, wadend war die Wiedergabe der Rede, die auf dem Hambacher Fest gehalten wurde, und die man in einer geschmackvollen Szene festgehalten hatte. Das Fest soll nicht unsonst gewesen sein, es war in einer vom Ungeist und der Unfreiheit bedrohten Zeit ein Appell an das große starke Bürgertum, das weitoffen war und Goethe wahlverwandt war. Ob dieses Bürgertum noch lebt, ob es diesen Appell verstanden hat, das wird die Folge lehren!

WST. Neustadt a. d. S., 29. Mai. Dem Gedenktag auf dem Hambacher Schloß wohnten mehrere tausend Personen bei, die dem Ruf zum Begehen des Tages gefolgt waren. Unter den Anwesenden bemerkte man auch den Altreichsanwalt Dr. Wirth, Sonder-Kammerpräsident Dr. Lenzel (Mannheim). Die beiden Redner der Erinnerungsfest waren Chefredakteur Hartmann (Neustadt) und Dr. Th. Heuß (Berlin), der für den schwer erkrankten Universitätsprofessor Dr. von Müller (München) die Fest-

rede hielt. Die Reichsregierung war durch Staatssekretär Geibel vom Reichsarbeitsministerium vertreten.

Am Abend fand ein Festakt im Saalbau statt. Der große Saal war vollständig besetzt. Die Begrüßungsansprache hielt Zeitungsverleger Großer (Frankfurt), während für die Reichsregierung Staatssekretär Dr. Geibel, ein Sohn der Pfalz, sprach. Für den Verein Deutscher Zeitungsverleger sprach Geheimrat Dr. Waldkirch. Den Festvortrag hielt, wie an anderer Stelle berichtet, Universitätsprofessor Dr. Drost (Berlin).

Kriegsopfer besuchten Schlachtfelder und Kriegerfriedhöfe

In der Nacht zum Pfingstsonntag ist eine stattliche Anzahl dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen angehörenden Kriegsopfer nach Vorn gefahren, um während der Pfingsttage die handlichen Schlachtfelder und die Gräber ihrer gefallenen Kameraden und Angehörigen aufzusuchen. Am heiligsten Kriegerdenkmal in Vorn, auf dem deutschen Vorkriegsfriedhof Brodwinde und auf dem riesigen englischen Gräberfeld von Lane Cot bei Sonnebeke wurden Kränze mit den Reichsfarben niedergelegt. In mehreren Automobilen ging die Fahrt dann durch die blutgetränkte Ebene Fladerns, die, wieder aufgebaut, kaum noch erkennen läßt, daß sich vor wenigen Jahren die grauenvollsten Ereignisse des Weltkrieges auf ihrem Boden ab-

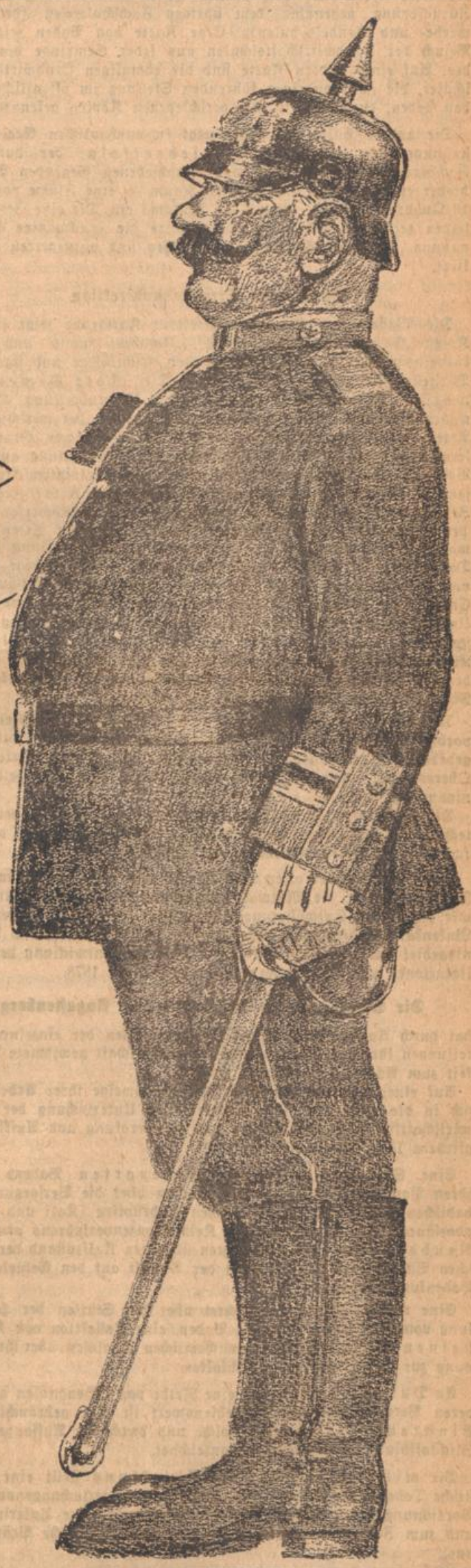
spielten haben. Die vollständig wieder aufgebauten, anmutig sich der Ebene anpassenden Ortshäuser Keriellare, Pöschendaele, Morslede, Kumbete, Winkel St. Cloi, Zieheim, Ingelmünster, Rißleinde, Ardone, Beveren, Kousellare, Dojtnieumerte, Westrooelbeke, Wiffwegen, Staden, Douthuff, Mannensferme, Pelican, Boelcapelle, Vanaemart wurden aufgesucht und den zahlreichen in ihrer Nähe befindlichen Kriegerfriedhöfen ein Besuch abgestattet. Zahlreiche Teilnehmer der Fahrt fanden die Gräber ihrer Kameraden, ihrer Väter und ihrer Söhne und ihrer dort bestatteten Ehegatten. Kränze und Blumen wurden an den Gräbern als Gabe aus der Heimat niedergelegt. Schweren Herzens zwar, aber doch in dem Bewußtsein, nun zu wissen, wo und wie die Gefallenen ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, wurde am Pfingstmontag die Rückfahrt nach Aachen und von dort in die Heimat angetreten.

Der Reichsbund veranstaltet im Laufe des Sommers noch weitere Gedächtnisfahrten und zwar am 13. Juni eine dreitägige Gruppenreise nach Verdun, am 20. Juni eine fünftägige Gruppenreise von Rehl nach Verdun, Reims, Laon, Soisson und am 12. August wiederum eine besonders billige eintägige Sonderausfahrt nach Arras (Preis für die Fahrt Aachen—Arras—Aachen 3. Klasse 63,10 RM). An diesen Fahrten können auch Nichtmitglieder des Reichsbundes teilnehmen. Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an die Abteilung für Kriegerübergebühnifahrten des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Aachen, Karu-



jetzt extra dick!

Seitdem OBERST ihren Preis von 5 auf 3 1/2 Pf. gesenkt hat, galt sie schon immer als die Qualitäts-Zigarette ihrer Preislage. Nur im Format stand sie bisher zurück. Jetzt hat sie unter Beibehaltung ihrer Qualität das Format auf die höchstzulässige Gewichtsgrenze gesteigert. Als „dicke OBERST“ gehört sie nun erst recht an die Spitze aller 3 1/2 Pf. Zigaretten. OBERST 3 1/2 Pf. Friedens-Qualität zu Friedens-Preis



WALDORF-ASTORIA G.M.B.H

In diesen Tagen erfolgt die Ausgabe von 50 neuen Uniform-Bildern. Jeden Monat erscheinen weitere 50 Bilder. Tauschen Sie einstweilen in Ihrem Bekanntenkreise. Nach Ablauf der Serien können doppelte Bilder zum Austausch an die Bilderzentrale von WALDORF-ASTORIA, G. m. b. H., München, Plinganserstraße 130, eingeschickt werden.

Freistaat Baden

Aus der Deutschen Landwirtschaftsausstellung in Mannheim

Landwirtschaftliches Schulwesen

Das Badische Ministerium des Innern hat in Zusammenarbeit mit den Kreisverwaltungen im „Badischen Zelt“ der diesjährigen Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft die erste Kasse in dem Mittellaug des Zeltes belegt. Ein Rundgang durch diese Kasse wird den Besucher über das mannigfaltige Aufgabengebiet überfahren und nicht nur dem Landwirt, sondern auch dem Städter manches Interessante bieten.

Das erste Schaubild über die Bedeutung der Landwirtschaftsförderung zeigt, wie diese das komplizierte Räuberwerk des ganzen Wirtschaftslebens beeinflusst und antreibt. Eine große Zusammenstellung auf der Rückwand stellt die Tätigkeit des Landesökonomierats dar; als Schema sind die einzelnen Arbeitsgebiete aufgeführt, darum gruppieren sich sieben Bilder der badischen Künstler Helmut Eichrod und Hans Schroeder, die Szenen aus einzelnen Arbeitsgebieten des Landesökonomierats zeigen. Die nächste Seitenwand ist den Landwirtschaftsschulen vorbehalten. Vier Bilder zeigen die trotz des starken Aufschwungs der Nachkriegszeit immer noch auffallende Minderbenutzung und die Zurücksetzung gegenüber dem übrigen Fachschulwesen (den Gewerbe- und Handelsschulen). Eine Karte von Baden zeigt den Besuch der Landwirtschaftsschulen aus jeder Gemeinde des Landes. Auf einer anderen Karte sind die ehemaligen Landwirtschaftsschüler, die in irgendeiner führenden Stellung im öffentlichen Leben stehen, durch Nadeln mit verschiedenen Köpfen gekennzeichnet.

Die andere Hälfte der Kasse zeigt in anschaulichen Gegenüberstellungen den besseren Betriebserfolg, der durch die Fachberatung in Betrieben aus verschiedenen Gegenden Badens bisher erzielt wurde. Den größten Raum — eine Fläche von über 10 Quadratmetern — nimmt das Diorama ein. Die eine Seite desselben zeigt die rüchftändige, die andere die zweckmäßige Bodenbenutzung. Gespanne, Geräte und Menschen sind naturgetreu modelliert.

Wasser- und Straßenbaudirektion

Die Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe zeigt in drei Kassen „Gemeinbewässerungsarbeiten“, „Feldbereinigung“ und „Kulturverbesserung“ technische Zeichnungen, Lichtbilder und statistische Darstellungen aus diesen Gebieten. Die „Kasse Gemeinbewässerungsarbeiten“ enthält in der Unterabteilung „Wassergewinnung und Wasserverteilung“ Zeichnungen der verschiedenen Arten der Trinkwassererzeugung wie Quellfassungen, Grundwasserentziehungen mittels Tiefbrunnen, Wassergewinnung aus dem Boden (Mersburg) und Verwendung von gereinigtem Bachwasser für die Trinkwassererzeugung (Sornberg), ferner technische Zeichnungen der verschiedenen Typen von Wasserpumpwerken (Tiefbrunnenpumpen, Hochdrucktiefbrunnen, verschiedene Arten automatische Pumpwerke u. a.). Eine zweite Unterabteilung ist der Darstellung der Wasserreinigung — verschiedene Arten von Hochbehältern — und der Wasserreinigung — Entfärbung, Enteisung, mechanische Filtrierung — gewidmet und eine dritte Unterabteilung enthält Darstellungen über Wasserverteilung sowie statistische Angaben. In allen drei Abteilungen ist durch zahlreiche Lichtbildaufnahmen auch gezeigt, wie man vielfach mit Erfolg die architektonische Ausgestaltung der Bauwerke nach Maßstäben dem Landschaftsbild an anpassen.

Die Abteilung „Feldbereinigung“ bringt Beispiele von nordöstlichen Grundstückszusammenlegungen (Großachsen) und ausgedehnten Weingärten im Rheingebiet (Altshausen, Otzenberg, Oberrotweil), sowie statistische Darstellungen über die Feldbereinigung seit 1878.

Die Abteilung „Kulturverbesserung“ endlich zeigt in technischen Zeichnungen und zahlreichen Lichtbildern einige der bekanntesten Kulturunternehmen der Nachkriegszeit:

Die Korrekturen der alten Dreifach mit Ent- und Bewässerung und Feldbereinigung, die Rainabverbesserung mit Renkhorrektion sowie die großen Entwässerungsunternehmen in der Rheinebene bei Linkenheim, Oberhausen, Rheinsheim-Hüttenheim und im Wetzlingebiet sowie statistische Angaben über die Entwicklung der Meliorationen und der Wasseranlassungen seit 1878.

Die Staatl. Landw. Versuchsanstalt Augustenberg

hat durch Auschnitte aus den Arbeitsgebieten der einzelnen Abteilungen ihre der Förderung der Landwirtschaft gewidmete Tätigkeit zum Ausdruck zu bringen gesucht.

Auf einer bildmäßigen Tafel sind die Zweige ihrer Arbeit, die sich in die wissenschaftliche Tätigkeit, die Unterzeichnung der landwirtschaftlich wichtigen Stoffen und in Beratung und Aufklärung allerwärts, schematisch dargestellt.

Eine Sammlung der Hauptbodenarten Badens nebst ihren Vorstufen (Gesteine), zwei Karten über die Verortung der badischen Böden mit wurzellöslichen Nährstoffen (Kali und Phosphorsäure), eine Skizzierung des Reimplanzenverfahrens von Prof. Neubauer und zwei Uebersichten über den Kalkzustand der badischen Böden lassen die Tätigkeit der Anstalt auf den Gebieten der Bodenkunde erkennen.

Eine weitere Karte unterrichtet über die Stätten der Herstellung von Kalkdüngern in Baden, eine Kollektion von Kalksteinen aus Baden mit ihren chemischen Analysen über ihre Eignung zur Herstellung von Kalksalzen.

Als Düngemittel sind eine Reihe von Erzeugnissen gezeigt, deren Verwendung nicht empfehlenswert ist. Die gebräuchlichsten Eintrickmittel sind als solche und durch ihre Aufzucht- und Stickstoffbindungsvermögen gekennzeichnet.

Die landwirtschaftliche Abteilung stellt eine statistische Tabelle ihrer Untersuchungstätigkeit, Untersuchungsapparate, Vorrichtungen zur Einleitung von Milchproben zur Untersuchung und zum Zwecke der Milchschau, sowie bakteriologische Präparate aus.

Die botanische Abteilung bringt eine Zusammenstellung von Futtermitteln, die dem Landwirt seien sollen, worauf bei ihrem Einkauf zu achten ist. Darstellungen aus dem Gebiete der Samenkontrolle, ein Schaubild über die Anwendung und Zwischenvermehrung der Keimbahn, sowie Präparate der wichtigsten Keimbahnschädlinge.

Auf dem Gebiete der Weinbereitung und -behandlung sind eine Sammlung der in der Kellerei zugelassenen Stoffe und ihre wichtigsten Krankheiten und Fehler bei Trauben- und Obstweinen, ihre Ursachen und ihre Beseitigung dargestellt. Außerdem wird das Sortierverfahren nachweis von Obstwein in Traubenwein und die Untersuchungstätigkeit in der amtlichen Kellereikontrakte veranschaulicht.

Die teureren Schlichter Badens

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Unter diesem Titel erschien in der nationalsozialistischen Tageszeitung Der Führer (Nr. 128 vom 25. Mai 1932) ein Artikel, der sich mit den Schlichtungsauflagen Badens beschäftigt.

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird hierzu mitgeteilt:

1. Die Vorsitzenden der 4 Schlichtungsausschüsse Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz üben diese Tätigkeit nebenamtlich aus und haben neben der Leitung der meisten Verhandlungen auch die Verwaltungsgeschäfte des Schlichtungsausschusses verantwortlich zu führen.

2. Nach dieser Schlichtung sind die statistischen Angaben des Artikels, die übrigens zahlenmäßig wegen fehlender Ortsangaben nicht nachgeprüft werden können, für eine Urteilsbildung über die Leistung des Schlichtungsausschusses nicht ausschlaggebend.

3. Es ist gegenüber früheren Jahren der Geschäftsstand der Schlichtungsausschüsse gefallen. Die Vergütungen der Vorsitzenden sind entsprechend den allgemeinen Gehaltsführungen gemindert worden. Mit Rücksicht auf die verantwortliche Tätigkeit ist die verbleibende Vergütung angemessen; jedoch wurde durch organisierte Maßnahmen der Gehaltsminderung Rechnung getragen und erhebliche Einsparnisse erzielt. Weitere Vereinfachungen sind im Gange.

4. Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse ist außerordentlich verantwortungsvoll und nennenswerdend. Trotz der vom Artikelhreiber vermuteten „hohen Besahlung“ ist es sehr schwer, bei Abgabe geeigneter Nachfolger zu finden, nicht zuletzt, weil Schlichtungsausschüsse gelegentlich derartigen halbtägigen An-

arriffen ausgesetzt sind, wie in dem genannten Artikel des Führer.

So ist die Nazipresse!

Anlage und Dementi in der gleichen Nummer

Nachstehend soll an einem knappen Beispiel illustriert werden, wie die nationalsozialistische Presse ihre Leser am Narrenreit herumführt, um die nationale Volksseele ins Kochen zu bringen, während sie gleichzeitig an anderer Stelle feststellen muß, daß der Grund hierzu bereits in Wegfall gekommen ist.

In der Nummer 125 des nationalsozialistischen Führer vom 22. Mai wird auf Seite 1 zu den Vorkommnissen im Memelland erklärt:

„Studienrat Meyer und der verhaftete Deutsche Bedenken lauten schwerer als dem Tode nahe, in den litauischen Hungererlern von Romno Wehren. Warum geschieht nichts?“

In der gleichen Nummer 125 vom 2. Mai auf Seite 3 sieht sich der Führer genötigt, mitzutheilen:

„Memel, 21. Mai. Der seit Wochen ungeschuldig inhaftierte Memelländer Schulrat Meyer ist am Freitag Abend freigesetzt worden.“

Also auch ohne die chauvinistische Sehne der Nationalsozialisten ist Sonach die Freilassung von Schulrat Meyer erreicht worden. Warum dann, nachdem die Freilassung bereits zur Kenntnis der nationalsozialistischen Presse gelangt war, die Sehne, mit der die Volksseele ins Kochen kommen soll? Die Nazipresse kann eben nicht ohne Sehne existieren und deshalb muß sie schreien, selbst wenn gar kein Grund vorliegt.

Die Schuld der Schwerindustrie

Von Anton Erkelenz

In den Köpfen der Schwerindustrie tumort gegenwärtig der Gedanke kräftiger als je: *Die Löhne auf Neue zu senken*. Der Geschäftsbericht der Harpentelektrotechnik z. B. fordert eine Berichtigung der gegenwärtigen Lohnregelung. Und doch hat die historische Lohnabbaupolitik der Schwerindustrie sich zu der gegenwärtigen Misere der deutschen Wirtschaft gefügt!

Als im Jahre 1930 der Demobulener Schiedsspruch gefällt wurde, da war es die Schwerindustrie, die hier mit ihrer Forderung nach Lohnherabsetzung einen ersten großen Erfolg erzielte. Nach Richtung des Lohnabbaus wurde dann von der Schwerindustrie weiter gearbeitet. Noch in den Vorverhandlungen über die vierte Rotverordnung im November 1931, im sogenannten Wirtschaftsausschuss war es der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nord-West, der besonders scharf auf den Reichsarbeitsminister Stegerwald einwirkte, damit im Januar 1932 die Löhne durch Rotverordnung „flaasartig“ — wie die Worte heißt — gesenkt würden.

Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß die Schwerindustrie die Lohnsenkung als Kampfmittel gegen die Krise forderte. Würde doch die Lohnsenkung von der Schwerindustrie damit beantragt, durch Lohnabbau eine große Warenauflage möglich zu machen. Die Schwerindustrie laute, die Löhne der Eisenindustrien in Belgien und Frankreich seien niedriger als die Löhne der deutschen Eisenindustrie. Deshalb sei die deutsche Eisenindustrie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Verdrießen wurde, daß der Grund dafür, daß die deutsche Eisenindustrie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig ist, nicht bei den Löhnen liegt, sondern bei den Erz- und Eisinfaktoren. Trotzdem wurden die Löhne dafür verantwortlich gemacht, daß die deutsche Röhrenproduktion pro Tonne damals mit einem Defizit von 25 Mark arbeitete, obwohl der Lohnanteil nur 5,20 Mark betrug. Diese Zahlen beleuchten die ganze Situation. Wenn der Lohn ganz beseitigt würde, wenn die Arbeiter für die Erz- und Eisinfaktoren am Hochofen arbeiten zu dürfen, noch 20 Mark pro Tonne ausbezahlt, wäre immer noch nicht das Defizit der deutschen Röhrenproduktion gedeckt.

Solche Ueberlegungen hätten auf die Geistesverfassung der Schwerindustrie keinen Eindruck. Der Lohnabbau wurde als Mittel weiterproklamiert und weiter durchgeführt.

Nach den Erklärungen der Schwerindustrie sollte mit diesen Methoden eine Steigerung der Produktion erreicht werden. Dann müßte andererseits der Binnenmarkt einseitig, der Verkauf im Inlande verringert werden. Eine ganz einfache logische Ueberlegung: wenn man die Löhne senkt, dann muß die Kaufkraft der Bevölkerung im Inlande zurückgehen.

Man hat allerdings viel von der Preislenkung geredet. Wir wissen aber aus Erfahrung, daß Preislenkungen niemals Lohnsenkungen wettmachen können. Hier liegt ja auch ein Grund, weshalb die Arbeitslosigkeit gewaltig und in demselben Ausmaß anstiehl, wie die Lohnsenkung fortgeschritten. Lohnsenkung bedeutet Zerfall des Binnenmarktes. Und da immerhin der Hauptteil der deutschen Wirtschaft vom Binnenmarkt leben muß, bringt Lohnabbau nur Katastrophensprung für alle Industrien. Selbst die Ausfuhrindustrien gewinnen nicht, denn mit ihrem schrumpfenden Binnenmarkt wachsen ja ihre Kosten.

Ein Bild in unsere Handelsbilanz beweist, daß die große Eisenindustrie von der die Schwerindustrie immer geredet hat, sich nicht eingestellt hat. Trotz Lohnsenkung! Franzosen und Belgier haben immer noch billiger liefern können. Die deutsche Eisenindustrie

hat sich dann auch so ziemlich von der Eisenausfuhr zurückgezogen. Ihre Pläne, den verringerten Inlandsabsatz durch Auslandsabsatz auszugleichen, wurden beiseite gelegt.

Das hat der deutschen Wirtschaft viel Blut gekostet. Die ganze Entwicklung hat die Krise verschärft. Man fragt sich, hat denn die Schwerindustrie nichts daraus gelernt. Nun findet sich im letzten Jahresbericht des Ruhrtruffs folgender Satz: „Die außerordentlichen Notlage der deutschen Wirtschaft zwingt zu baldigen, entscheidenden Maßnahmen unserer Wirtschaftspolitik. Erste und wichtigste Aufgabe wird die Wiederaufrichtung des Binnenmarktes sein müssen.“ Was heißt das? Hat man sich im Ruhrtruff, insofern der Leben, die die Wirtschaftskrise gebracht hat, etwas anderes besonnen? Hat sich in der Schwerindustrie die wirtschaftspolitische Auffassung geändert? Jedenfalls steht die Forderung nach Wiederaufrichtung des Binnenmarktes in völliger Widerspruch zu allem, was von der Schwerindustrie bisher vertreten wurde.

Ein solcher Geisteswandel wäre schon begrifflich. In demselben Jahresbericht, den wir oben erwähnt haben, wird z. B. festgestellt, daß der Eisenverbrauch im Land nur noch ein Sechstel gegenüber dem besten Monat des Jahres 1929 ausmacht. Der Eisenverbrauch ist also danach auf ein Sechstel zusammengeschrumpft. Das die Eisenindustrie dabei schwere Verluste und Einbußen erleidet, ist ganz selbstverständlich. Für sie liegt nichts näher als zu verlangen, daß der Eisenverbrauch im Inland gesteigert wird, auf den Höchstfuß von 1929, noch besser, darüber hinaus.

An dem Tag, wo das gelingt, wird es in der deutschen Wirtschaft wesentlich anders aussehen. Das wäre das Ende der Krise. Aber dahin führt nur ein Weg, die Steigerung der Kaufkraft der gesamten Bevölkerung.

Wie kann das erreicht werden? Entweder durch Lohnsteigerung oder durch Preislenkung bei Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne. Wenn die Schwerindustrie den Binnenmarkt, den sie selber mit zerfallen hat, wieder aufrichten will, muß sie zuerst damit anfangen, höhere Löhne zu zahlen. Niemand kann Eisen kaufen, der nicht lohnlich verdient, um das gekaufte Eisen auch bezahlen zu können. Erst wenn der Lebensbedarf der breiten Massen wieder ausgedehnt wird, wenn sie wieder kaufen und verbrauchen können, dann kommt auch der Augenblick wieder, wo die deutsche Wirtschaft Bedarf an Eisen hat.

Danon spricht die Schwerindustrie aber nicht. Sie redet wohl von einer weiteren Senkung der Kosten und der Löhne. Dem kann man grundsätzlich zustimmen. Werden die Gehälter der Generaldirektoren wesentlich gesenkt, etwa auf den „Hungerlohn“ von 50 000 Mark im Jahr, dann ist das ohne Zweifel eine nicht unbedeutende Senkung der Kosten für die Betriebe. Wenn man noch sonstige überflüssige Ausgaben erspart, etwa die Unterhaltungskosten für die Nationalsozialisten, dann würden damit die Kosten erheblich fallen. Daselbst gilt auch für die Rüdgängigmachung des mit wenig Ueberlegung abgeschlossenen Erlösvereinbarvertrages mit Schweden. Wenn das mit den Kosten und Löhnen aber beiseite gelassen wird, wenn sie wieder kaufen und verbrauchen können, dann kommt auch der Augenblick wieder, wo die deutsche Wirtschaft Bedarf an Eisen hat.

Was will eigentlich die Schwerindustrie? Will sie den Lohnabbau, der ihr ja selber den Ruin gebracht hat, weiter fortführen oder will sie den Binnenmarkt erstarren lassen?

Will sie einen starken Binnenmarkt, dann soll sie ihre Löhne abbaupläne bitte in den Papierkorb werfen.

Letzte Nachrichten

Hoover gegen Arbeitsbeschaffungsplan

WAS, Washington, 29. Mai. Hoover hat sich mit aller Schärfe gegen einen Arbeitsbeschaffungsplan des Ausschusses des Unterhauses John Garner, ausgesprochen, der für den Bau von Regierungsgebäuden insgesamt 300 Millionen Dollar fordert. Hoover wendet vor allen Dingen ein, daß die vorgeschlagenen Bauten zum größten Teil mit Maschinenarbeit hergestellt würden, so daß höchstens 100 000 Mann Beschäftigung kämen. Hoover bezeichnet den Garnerplan als eine Ausbeutung und Demoralisierung der Wähler.

Revolutionäre Unruhen in Spanien

WAS, Paris, 29. Mai. Die Agitation der Syndikalisten und Anarchisten hat in Spanien eine unruhige Lage geschaffen. In Sevilla, das von Militär besetzt ist, kam es heute nacht mehrfach zu Schießereien, bei denen ein Zivilist schwer verletzt wurde. In einem dicht bevölkerten Stadtviertel von Madrid kam es zwischen der Zivilgarde und einem Krupp-Bombenpfeiler

zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf ein an der Kundgebung nicht beteiligter Mann tödlich verletzt wurde.

Preußischer Kunderlaß zwecks Steuererleichterungen

Der Amtliche Preussische Presbendienst teilt mit: Die Wirtschaftslage und besonders die Auswirkung des durch die 4. Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 geschaffenen Kunderlaßrechts haben in vielen Fällen Versehen von Banken und gemeinnützigen Räumern (besonders in Industrie- und Geschäftsbereichen) sowie eine zum Teil erhebliche Senkung der Mietpreise zur Folge. In diesen Fällen können künftig, wie der Amtliche Preuss. Presbendienst einem Kunderlaß des preussischen Finanzministers vom 7. Mai 1932 entnimmt, Steuererleichterungen bei der Grundvermögenssteuer und dem staatlichen Zuschlag zum Wurzelschaten vom 1. April 1932 ab nach gewissen Richtlinien bewilligt werden.

Deutsch-russisches Zolltarifabkommen

Zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist heute ein Zolltarifabkommen unterzeichnet worden, das am 10. Juni in Kraft treten soll.

Ein Fest der Arbeiter

Vierzig Jahre Deutscher Arbeiterfängerbund

Karlsruhe, 29. Mai.

Der Gau Baden des Deutschen Arbeiterfängerbundes hat allen Teilnehmern ein Geschenk gebracht, für das wir allen Dank sagen, die zu diesem unerhörten Erfolg beigetragen haben. Wie notwendig haben wir alle einen solchen Auftrieb, sollen wir in all dem Häßlichen, Mißlichen, Niederdrückenden des heutigen Seins nicht erlahmen und zu Falle kommen.

Die Generalversammlung atmete den Geist der deutschen Arbeiterfängerschaft: Harmonie und das Wissen — auch Trübsal, Kampfgesang. Erfreulich ist es festzustellen, daß die Leitung des D.A.F. durchaus weiß, was sie will. Jedem Anflug von Spaltungsvorwurf schon im ersten Erscheinen Kampf anzufangen. Unter keinen Umständen lassen wir uns die schöne Bewegung zerbrechen! Die Delegierten standen zu 99 Prozent hinter den Worten des Vorsitzenden des D.A.F., des Sangesgenossen Fehel-Berlin: „Selig sind, die da kämpfen!“

Was dieser schöne Geist der Generalversammlung als Aufsatz gab, das hat der wunderbare Festakt vollendet. Es war schließlich eine Tat größten Stils. Und staunend fragen die, die dabei waren, ohne der Arbeiterbewegung anzugehören: Ja, sind das die Arbeiterfänger? So was können die? Ja, so was können die! Ein Ausschnitt aus der Werkstätte des Bundes sollte nach den Worten des Gauvorsitzenden Töpfer geboten werden. Das war ein Ausschnitt, der sich in den besten Kreisen sehen und hören lassen konnte. Offenbar wurde, daß der Kampf der letzten vier Decennien nicht umsonst gekämpft war. Minister Emil Maier hat darauf in seiner Begrüßungsansprache verwiesen: Zwei Dinge haben die Arbeiterfänger erreicht, einmal die weitestgehende, die politische Stellungnahme des Staates zu ihrer Bewegung und zum andern die Tatsache, daß sie den Kampf der Arbeiterbewegung über das Reimaterielle des Dauerkampfes hinausgehoben, ihm den kulturellen Rahmen gesehen haben. Das die Arbeiterfänger mit Recht darauf stolz sein dürfen, hat Oberbürgermeister Finter-Karlsruhe in begeisterten und begeisterten Worten ausgeführt und erläutert. Eine solche Bewegung durch eigenes Können zu unterstützen, das muß inneres Bedürfnis ihrer gewesen sein, die das Programm besitzten, zuerst des Badischen Landes-theaterorchesters. Wie haben doch die Leute die berühmte Leonore-ouvertüre herausgebracht! Wie Generalmusikdirektor Krups in diesem Werk lebte und darin aufging, das war reines Künstler-tum und ein Erlebnis für die Zuhörer. Mehr als 400 Sänger stunden unter Kapellmeister Dr. Heinz Knöhl auf dem Podium, und erfüllt von dem Willen und dem Schönheitssinn ihres leidenschaftlichen und doch so beherzten und beherrschenden Führers lang das Karlsruher Arbeiterfängerartell, wie wir es noch nie von ihm gehört haben, Dr. Knöhl hat auch die Instrumentation zu den 3 russischen Liedern besorgt, die der „Vorwärts“-Karlsruhe mit vollendeter kühner Stimmkultur sang. Mit leuchtenden Farben unterstreicht das Orchester das russische Naturell, dampfte Ergebnissen des Individuums, und dabinnehmenden Massenmelan des russischen Volkes. Eine Vereinfachung, ein laterer Willen, der nur der Erweckung braucht, um Baumstämme wegzuräumen, aber auch die Welt aus den Angeln zu heben durch elementare, urwüchsig Naturkraft. Welch ein bezwingender Kontrast dagegen das deutsche Volkslied, das uns die „Lassallia“-Karlsruhe vollendet auf Gebirge brachte. Seine Lieblichkeit, seine Innigkeit und doch die Verbundenheit in der Melancholie, in der sich Rußen und Deutsche treffen, in der Prüf des Reimens, in der der Trauer um das ungewisse Schicksal des „bergaufgehenden“ und in der Inbrunst, mit der das russische Arbeiter-Mensch neue Kraft aus dem Lied erwartet. Herr Musikdirektor August Kubn hat sich ein Verdienst erworben, den Chor „Kalte Schlote“ den Arbeiterfängern nahezubringen. Er ist aktuell, nur zu aktuell. Ein Streifen aus ihm ist sein, aber rauchen heute die Schlote? Tommern die Arbeiterfrauen nicht heute um Brot? Und stehen morgen nicht visseleht auch die Soldaten auf den Straßen zum Kampf gegen die Arbeiter? Wissen wir aber, ob es deutsche Soldaten sein werden? Und da lang die Volksingenakademie in der Kantate „Befreiung“ dem Proletariat die Hoffnung ins Herz, daß nicht alle tot sind, die bearoben sind. Auch die Freiheit ist nicht tot, auch wenn sie bearoben wäre. Und sie ist ja verdrängt, verfloßen durch Ineffizienz und Hemmungsfähigkeit der heutigen Gegenwart. In elementarer Einfachheit mahnt uns da der Komponist K. Kahn-Nannheim durch das von Kammerfänger Rentwiaz tragende gemeinsame Tenorlied des Priefters gemüßmaßen, begleitet von der „Gemeinde“ der Karlsruher Volksingenakademie unter Dr. Knöhl an die Goethe'sche Lebensweisheit: Jenenits von Raum und Zeit findet der Mensch noch etwas, die Unermeklichkeit an der das Bergnische, das Lebensschwere schwindet. Doch sollen wir darin Allerleustes leben? Der strahlende Optimismus der „Meisterfänger“ mahnt: „Wacht auf, es naht gen den Tag!“ Wir Sozialisten denken dabei, daß wir ruhig den Himmel, das Zukünftige, den Spaten lassen wollen. Die Gegenwart ruft, die Gegenwart erwartet von uns Kampf, Bereit sein ist alles, Wacht auf, dann naht es gen den Tag. Und zu dieser Kampfesbereitschaft brauchen wir etwas, das uns bekwinat, das uns stärkt, das uns erhebt. Und wir haben es, in unserer Arbeiterfängerbewegung, die heute, die Gesamtleistung dieses Arbeiterfängertages hat es bewiesen, ein nicht mehr wegzudenkender Mittelpunkt deutschen Kunst-erlebens ist.

Nur eines hat getrogen, der Wettergott, der das in Aussicht genommene Stadgartensfest verbindert hat, und der auch sonst noch eine hosbafte Tat auf dem Gewissen hat. Man sollte nicht glauben, daß das Hambacher Fest noch nach 100 Jahren solche spürbaren Nachwirkungen auslösen vermochte: es hat den Hans Sachs beinahe erschlagen. Der Vertreter dieser Rolle in der Aufführung, Kammerfänger Schuster, hatte bei der Erinnerungsfeier am Samstag in Hambach berast unter der schlechten Witterung zu leiden, daß er stark indisponiert zum Sängertag in Karlsruhe erschien. Um so höhere Anerkennung muß ihm als solchem werden, daß er seinen Part so bravourös zur Durchführung brachte.

Der festakt des Arbeiterfängerbundes

bot eine erstaunliche künstlerische Leistung. Nach Schluß der Generalversammlung des Gau Baden des Deutschen Arbeiterfängerbundes, über die wir morgen berichten werden, fand im großen Saal der städtischen Festhalle der Festakt statt, der einen überaus guten Besuch zu verzeichnen hatte. Die Delegierten nahmen an dem Festakt vollgültig teil. Außerdem hatte sich als Vertreter der Staatsregierung der stellvertretende Staatspräsident Innenminister Maier eingefunden, weiter von der

Staatsregierung Staatsrat Küfert, ferner die Reichstagsabgeordneten Schöppin und Marum, Oberbürgermeister Dr. Finter und Bürgermeister Sauer von der Stadtverwaltung und eine zahlreiche Zuhörerschaft, die den Saal bis auf den letzten Platz besetzt hielt. Ein Teil des Konzert wurde vom Süddeutschen Rundfunk übertragen.

Der musikalische Teil

Was geboten wurde, das war kein Festkonzert alten Stils, keine Uebermittlung von Kunstwerken, deren mehr oder minder weicher romantischer Klangcharakter und technische Vollkommenheit die Zuhörer entkommnen. Dieser Festakt steigerte sich zur Feiertunde, in der die Verbundenheit von Sängern und hingebungsvoll Zuhörern in dem gemeinsamen Kulturgut aller Völker zum Ausdruck kam: der Musik, Unabstreibar steben unsere hiesigen Arbeiter-chorvereinigungen mit ihren Vorbereitungen auf einer kulturell hohen Stufe. Das ist in weitestem Ausmaß dem Dirigenten des Sängertartells, des Sängerbundes Vorwärts und der Volksingenakademie Dr. Heinz Knöhl zu danken, der als Chorleiter in peinlich sorgfältiger und gewissenhafter Arbeit alle schöpferischen Kräfte seines großen und natürlich sich gebenden Klangkörpers zu lösen und zu gestalten verstand. Nur elsterne Disziplin, verbunden mit der festesten Ueberzeugung der Sängerschaft, daß sie in ihrem Leiter einen überlegenden Künstler und Meister vor sich hatten, vermag derartige Leistungen zustande zu bringen. So sehr man es bedauert, daß Dr. Knöhl ohne ersichtlichen Grund als Kapellmeister des hiesigen Landes-theaters entlassen worden ist, desto beherzender ist die sich immer wieder aufdringende Feststellung, daß er als Leiter der Arbeiterchorvereinigungen einen Platz gefunden hat, der ihm ermöglicht, dem hiesigen Musikleben ein hochwertiges Relief zu geben. Niemals vermögen bürgerliche Chorvereinigungen das zu leisten, was durch das Radio aus der sonntäglichen Feiertunde in die Welt getragen wurde. Es bedeutete einen unerleichen Verlust, wenn aus ökonomischen Gründen die Chorvereinigungen in ihrem Bestand gefährdet wäre. Gerade die in der letzten Zeit in Frankfurt und Kassel aufgeführten Chöre haben gezeigt, daß durch die Vereingungen großer Sängerschaften auf dem Podium Schöpfungen zur Ausführung gelangen können, die zeitlich und musikalisch aus der heutigen Stunde geboren sind. Was das Theater uns nur ganz selten zum Ausdruck bringen will, vermitteln die großen Chorwerke „Die Maschinenflüsterer“, „Der Wald der Einsamkeit“ und „Wir“.

Man hätte daher gewünscht, daß das Programm des Festaktes einheitlich gestaltet gewesen wäre. Volkstheater in ihrer Sinngebung zur romantischen Gefühlswelt, seien sie noch so schön und unaufdringlich wiedergegeben, wie das von der Lassallia unter Musikdirektor August Kubn gelehrt, fallen aus dem Rahmen einer solchen ersten gefühnten Feier heraus. Wir haben heute kein Interesse mehr am „Hörslein“ und „Brielelein“, das die Sorge ums tägliche Brot zu drückend geworden. Auch die letzte Szene der Meisterfänger, eine so volkstümliche Wirkung ihr auch begehren ist, hat in ihrer durchaus dem bürgerlichen Zeitalter entsprechenden Einstellung mit der Arbeiterfängerbewegung nichts mehr zu tun. Denn für die Arbeiterfänger ist es nicht unerlei, welche Kunstwerke sie vermitteln. Ist es doch ihre Aufgabe, die geistige Revolution vorzubereiten, ihre Klassengenossen aus der Barbarei aufzurufen und zum Kampf zu begeistern. Die Arbeiterfängerbewegung ist eine Kulturbewegung, die sich immer stärkere Anerkennung auch beim Bürgerum erwinnt. Die Mission der Kunstpflege und ihre Förderung ist auf sie übertragen. Dieser Gedanke kam auch in der schlichten Ansprache des stellvertretenden Staatspräsidenten Innenminister Maier deutlich zum Ausdruck. Es ist keine leichte Aufgabe, die den Arbeiterfängern durch die Vermittlung moderner Chorkunst übertragen ist. Ihre Dirigenten sind meist aus der alten Schule hervorgegangen, und Sänger wie Zuhörer müssen den alten Ballast bürgerlicher Gefühlskultur über Bord werfen. Schon heute fällt sich feststellen, daß dieses Erziehungsmerk im Werden begriffen ist. Davon legte die „pontane“ Begeisterung, die die beiden Chorwerke aus der Kantate „Befreiung“ des Mannheimer Komponisten Robert Kahn ausließen, Zeugnis ab. Das Werk bodent sich moderner musikalischer Formen. Es ist letztlich wie musikalisch nicht leicht einmüßlich, hebt aber eine ausgezeichnete Brücke zwischen den weichen harmonischen Farben früherer Kompositionen und der härteren mehr auf den Text einwirkenden Melodiebehandlung von heute. Doch ist der Hörer erst einmal auf diesen Unterschied aufmerksam gemacht, so ist es für ihn unheimlich reizvoll, dem Gesende der klaren Einwirkung moderner Kompositionen zu folgen. Diese stellen aber auch an die Sänger hohe Anforderungen. Der Solopart dominiert nicht mehr, sondern ist in den Rahmen des Chors eingefügt. Die Volksingenakademie interpretierte die Sätze vollendet. Sie fanden im Landes-theater-Orchester eine ganz wunderbare Unterstützung. Zu den drei von Walden bearbeiteten russischen Volksliedern hat Dr. Heinz Knöhl ein durch seine Charakteristik köstliches orchesterales Gemwand gegeben. Sie wurden vom Vorwärts eindrucksvoll wiedergegeben. Es ist auffallend, wie aufrüttelnd diese ursprünglichen russischen Weisen auf uns wirken, welsch unmißverkenbar Wiederhall diese durch stärkste Aktivität durchbrochene Schwermetalle in uns nach ruft. Ein glänzendes Beispiel moderner Chorkunst brachte die Lassallia mit dem Humantischen Chor „Kalte Schlote“. Das altesam al fresco im Orchester illustrierte Werk ist trotz seiner fast unüberwindlichen Schwereizung unter Leitung von Musikdirektor Kubn vollendet verstanden worden. Es wirkt ungemittelt plastisch durch seine Dimensionen und seine statuemäßig knappe Fassung. Das Werk beherst seiner Erläuterung. Aus dem heutigen Leben der Arbeiterfängerschaft erkannt, ist es ein Zeitgemäße von erschütternder Eindringlichkeit. Seltan ist der dorrliche Teil der Festwiebensen aus den Meisterfängern in solch voluminöser Tonfülle erklingen, wie es durch die vielhundertköpfige Sängerschaft unter Dr. Knöhl's Leitung gescheh. Die Anstaltschönheit des Massenchors wurde nicht durch die Weisheit der Stimmen beinträchtigt, die Kräfteverhältnisse waren weise abgemogen und gaben diesem prachtvollen Satz eine wunderbare Deutuna.

Der Festakt wurde eingeleitet durch die dritte Leonore-Ouvertüre, die Generalmusikdirektor Krups mit dem Landes-theater-Orchester meisterhaft verführte. Dann trat das Arbeiterfänger-artell das Podium, um durch die mitreißende Wiedergabe der beiden Chöre „Bridet zur Sonne, zur Freiheit“ und „Lord Tolson“ den Auftakt zum Chorprogramm zu geben. Den Solopart in der Befreiungskantate und in den Meisterfängern hatten in dankenswerter Weise die Kammerfänger Rentwiaz und Schuster übernommen. Ihre oft gerühmte Kunst kam auch hier wieder voll zur Geltung. Sicherlich wird die Feler des 40jährigen Jubiläums des Deutschen Arbeiterfängerbundes in den Bergen der Zuhörer einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Allen denen, die sich um des Gelingen dieser Feiet verdient gemacht haben, ist dankbare und ehrende Anerkennung gewis.

Nach dem Vortrage „Kalte Schlote“ von F. L. Humann durch die „Lassallia“ folgten die

Ansprachen

Nachdem der wichtige Chor verklungen war, ertariff zunächst der Gauvorsitzende Stadtrat Töpfer das Wort zur Begrüßung. Er wies darauf hin, daß vor 40 Jahren sich eine Anzahl Chöre in

ganz Baden zusammengeschlossen haben, die noch nicht mal so groß war, als allein die Anzahl Sänger, die heute auf dem Podium steht. Die Arbeiterfängervereine sind Mitträger der deutschen Kultur. Die deutsche Arbeiterfängerbewegung wird ihren Platz finden, wenn bessere wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen werden.

Innenminister Maier begrüßte den Bund namens der badischen Staatsregierung. Zur Zeit der Gründung des Bundes waren die Verhältnisse andere als heute. Heute sind auch die Arbeiterfänger gleichberechtigte Bürger der deutschen Republik. Der heutigen schmeren Wirtschaftszeit handelt es sich darum, ob die Grundlage der Freiheit und des Fortschritts bestehen bleibt oder eine finsternen Reaktion Platz machen müße. Die Arbeiterfänger haben dafür gesorgt, daß den materiellen Sorgen der Arbeiterfängerschaft ein kulturelles Gut gegenübersteht. Wenn das Fundament erhalten bleibt, wird die Kultur nicht untergehen. Der Arbeiterfängerschaft sei gedankt für die Kulturwerte, die sie der deutschen Arbeiterschaft geseben. Möge sie in der Förderung dieser Kulturwerte weiterfahren. (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Finter enthielt den Gruß der Stadt Karlsruhe. Karlsruhe sei eine musikalische Stadt, in der auch das deutsche Lied eine Pflehsstätte habe. Auch die Arbeiter haben die Pflege des Liedes aufgenommen. Freude zu machen ist der Beruf der Musik. Man muß Genugtuung empfinden über die Tätigkeit der badischen Arbeiterfänger. Denn gerade heute sind Stunden der Erholung, der geistlichen Beruhigung nötiger denn je. Das Kleind der Musikbegeisterung muß uns erhalten bleiben. Möge auch die Arbeiterfänger weiterhin das deutsche Lied pflegen, in eigener Lust und Freude, zur Freude auch der Mitmenschen. (Beifall.)

Der Abschluß

Ein gemeinames Mittagsessen vereinigte Delegierte und Gäste im kleinen Festsaal. Gauvorsitzender Töpfer dankte allen Teilnehmern für ihre so glücklichen Verlauf des Konzerts als Arbeit. Anschließend überbrachte er dem früheren Gauvorsitzenden Dr. Marum und Weismann und dem Genossen Schöppin den k. n. h. a. Karlsruhe die goldene Bundesnadel. — Sangesgenosse Hofmann-Seidelberg dankte in herzlichen Worten der Stadtverwaltung Karlsruhe für die gute Aufnahme in der Landesbanhalle. Rabi, Direktor Vaher überbrachte die Grüße des badischen Bundesgeneralsekretärs in Karlsruhe Kapitän Ludwig Bundesvorsitzender Fehel unter Würdigung der Leistung der badischen und speziell der Karlsruher Arbeiterfänger persönlich, er leitet die Würdigung der badischen Abhaltung einer Bundesgeneralsammlung in Karlsruhe unterstützen werde. — Die Baderhaltung sorgte in altbewährter Weise Mitarbeiter Schneider-Seidelberg mit Vortrag einer Anzahl Gedichte in Walter Rumbart.

Gewerkschaftliches

Die junge Buchdruckergeneration tagt

Im Hotel Keller in Bruchsal tagte am Sonntag vormittag die Verbandsversammlung, Besir Karlsruhe, im Verbands des Deutschen Buchdrucker. Die Jungebuchdrucker verfolgten durch ihre Organisation in erster Linie technische Höchleistung, indem auch die soziale Sicherstellung ihrer Existenz und Meinung auf gewerkschaftlich orientierter Organisationsarbeit. Das diese Elemente im Besir Karlsruhe gepflegt werden, dafür verbirgt sich nunmehr sehr Jahre in seiner heutigen Stellung, iärtige Ehrenmitglied Franz Pfeiler, dem auch eine entwerfende Gestaltung des Bestandsverwalters Wilhelm Maier erteilt wurde. Die einzelnen Programmpunkte wurden durch den 1. Vorsitzenden Pfeiler reich erlernt, obwohl er sich sehr eingehend mit dem gegenwärtigen Thema befahte. Herr Gewerkschafter Stelz-Karlsruhe hielt einen sehr wertvollen und noch sozialpolitischen Standpunkt aus sehr wichtigen Vortrag über „Neue Statistik der Buchdruckerberufsgenossenschaft.“ Die Verbandsabteilung hat eine wohlwollende Tagung hinter sich, und den Organisatoren gebührt Dank, aber auch dem Oratoren Bruchsal, bzw. der Gefangsabteilung die durch patende Vorträge die Veranstaltung erlebten.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über das Baugewerbe

Das Conti-Nachrichtenbüro meldet: Im Baugewerbe konnte sich bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in Berlin der Besir Rhein- und Westfalen über die künftige Lohnabstimmung derbeigelegt werden: 1. Sachjen-Anhalt, 2. Freistaat Sachsen, 3. Großberlin, 4. Pommern und Groß-Stettin, 5. Nordwestdeutsche Land, 6. Kassel, Hannover-Städten und Wittenbau, 7. Bayern und Vorderohale, 8. Bremen-Innenminister-Ems, 9. Baden, 10. Main-Kanal. Die Verhandlung der Vereine erfolgte auf der Grundlage der erangenen Stiedestträge. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium für das übrige Baugewerbe dauern fort.

Dr. Hans Kampffmeyer †

Frankfurt a. M., 29. Mai. Samstag vormittag farb an einer Operation Dr. Hans Kampffmeyer im Alter von 55 Jahren. Dr. Kampffmeyer war Leiter des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, der im Jahre 1919 in Frankfurt a. M. gegründet worden ist. Vorher war Dr. Kampffmeyer Leiter der Reichsfriedung in Wien. Er war ein im internationalen Wohnungswesen bekannter Wohnungspolitiker.

Mit Dr. Kampffmeyer ist eine Persönlichkeit gestorben, die sich um das Wohnungswesen im allgemeinen und speziell aber um die deutsche Gartenstadtbewegung außerordentliche Verdienste erworben hat. Der nun Verstorbene hatte seinen Wohnsitz auch lange Zeit in Karlsruhe und ist als der eigentliche Gründer der Gartenstadt Karlsruhe-Küppur anzusprechen, deren günstige Entwicklung ihm immer große Genugtuung verschaffte. Seine Verdienste um diese Gärtenstadt soll auch anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Gartenstadt Karlsruhe am 12. Juni dadurch geehrt werden, daß für ihn sowie einen andern warmen Förderer der Gartenstadt Karlsruhe eine Gedenktafel am Bürogäude der Gartenstadt angebracht wird.

Das ist die neue Spülweise: Die Wäsche nach dem Baden kurze Zeit mit Zitrus säure lassen. Diese Methode ist großartig. Einige Handvoll Zit. säure anerkrift, werden besten besten Spülwasser beigegeben. Alle Seifenreste, die vom waschen her noch im Becken verbleiben, sieben jetzt fast von selbst drans, was ein ausrecherer Wohlstand lacht Sie an, weil wie frisch gestäubter

Hausweihe der Freien Turnererschaft Sulach

Wenn ein Verein und dazu noch ein Arbeiterverein in der heutigen Zeit der schweren...

Die Hausweihe

Am Samstag, 28., und Sonntag, 29. Mai, statt. Auf Samstag abend war ein Fest...

Im Auftrage des Vereins begrüßte dessen Vorsitzender Diebold die Festversammlung...

Der Sonntag vormittag stand im Zeichen der sportlichen Arbeit. Es wurden ein Waldbau...

Kichspielhäuser

Hessens-Vichspiele. Es wird schon wieder besser!

Was man hier von der Wa. vorgesetzt bekommt, ist zwar ein Kontinuitäts...

Dagegen ist das im Beiprogramm laufende Spiel der Filmromane mit...

Veranstaltungen

Institut für katholische Kirchenmusik, Karlsruhe. Der Dozent für...

EISERNE FRONT

Saagses. Heute abend 8 1/2 Uhr Diskussionsabend der Eisernen Front...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Oststadt - Frauenversammlung. Montag, 30. Mai, abends 8 Uhr...

Bezirk Südstadt. Mittwoch, den 1. Juni, in der 'Deutschen Eiche'...

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Nur noch wenige Tage dauert der

Beeilen Sie sich!

Total-Ausverkauf 'Boländer' 25-70% Rabatt! DAS HAUS DER GUTEN WEB-WAREN. Kleiderstoffe - Aussteuerwaren - Trikotagen - Dekorationsstoffe - Teppiche etc.

Südkadi mit Lichtbildervortrag des Genossen Wanner über: Einführung in die Volkswirtschaft...

Bezirk Klippur

Am Mittwoch, 1. Juni, 20.15 Uhr, findet im 'Zähringer Löwen' eine Parteiverammlung statt...

Kleine badische Chronik

Hinrichtung in Offenburg

Offenburg, 30. Mai. Im Hof des Bezirksgefängnisses in Offenburg fand heute früh 5 Uhr die Hinrichtung...

Oskar Daubmann wieder daheim

Offenburg i. R., 29. Mai. Oskar Daubmann ist wieder daheim. Seine Rückkehr ins Elternhaus...

Aus 20 Meter Höhe abgestürzt

Reimersbach im Murgtal, 28. Mai. Der 23 Jahre alte Leibe Anton Hermann...

Bühl, 28. Mai. Liebespaar aus dem Rhein geländet. Bei Gernersheim wurden die zusammengebundenen Leichen...

Kappelstadt, 28. Mai. Brandunglück. Heute mittag um 4 Uhr alarmierte die Brandwehre...

Neusass, Amt Bühl (Eis. Bez.). Ein schwerer Unfall. Ein Kraftfahrzeug...

Kaltenbach, 29. Mai. Ein kinderreicher Vater. Dem Landwirt Robert Böhrenbach...

Zum halben Preis nach Mannheim mit der Reichsbahn. Die Reichsbahn fährt zum...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

I. Kameradschaft. Antreten am Dienstag, den 31. Mai, abends 10 Uhr...

zum Anschlag an den Sonderzug Sonntagstrafahrtlinien bis zum Eisenbahnhof...

Sonntagstrafahrtlinien nach Mannheim am 31. Mai, 1. Juni, 2. Juni...

Marktberichte

Schweinemarkt Durlach am 28. Mai 1932. Befahren mit 114 Käufer...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Dienstag, den 31. Mai: Fortdauer der für die Jahreszeit...

Wasserstand des Rheins

Waldsüt 357, Schusterinsel 170, Rehl 237, Maxau 348, Mannheim 514...

Aus aller Welt

Selbstmordversuch der Frau v. Morgen

Die Gattin des gestern auf dem Rübbergers beim Trainieren tödlich...

Die Beschuldigungen gegen den Neuperker Bürgermeister. Neuperker, 28. Mai...

Der türkische Botschafter auf dem Wege der Besserung. Berlin, 28. Mai...

Furchtbare Familientragödie in Cambridge. Cambridge, 28. Mai. Eine furchtbare Familientragödie...

Bendete Deigarbeit. Bei der Insel Wieringen ist heute der Abbruchbeisch...

Flugzeug mit Überlebenden des 'Georges Philippard' gerettet...

Rom, 29. Mai. Das vermisste französische Flugzeug, das unter Führung...

Schlagwetterexplosion in Belgien. Mons, 29. Mai. In einem Kohlenbergwerk...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Todesfälle und Beerdigungszeiten...

Auskünfte der Redaktion

W. S. Nr. 23. Der wissenschaftliche Sozialismus hat mit dem philosophischen...

